

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 99 (2005)
Heft: 4

Artikel: Zukunftsperspektiven der Schweiz - Entwürfe und Gegenentwürfe : Max Keller zum vorläufigen Abschied
Autor: Kreis, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-144509>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zukunftsperspektiven der Schweiz – Entwürfe und Gegenentwürfe

Max Keller zum vorläufigen Abschied

Zum Abschluss des Wirkens von Max Keller in der Paulus-Akademie Zürich (vgl. NW-Gespräch im Novemberheft 2004) hat am 26. November 2004 eine Tagung mit einer Reihe bemerkenswerter Referate und Podien stattgefunden. Die Tagung stand unter dem Titel «Zukunftsperspektiven der Schweiz. Visionen und Entwürfe. Eine gemeinsame Suche nach Wegweisern». Den Anfang machte Georg Kreis mit diesem Vortrag über Lage und Zukunft der Schweiz. «Auf der anderen Seite der Barrikade» ist eine neue Scham- und Rücksichtslosigkeit entstanden, die sich über eben noch unbestrittene Werte wie Solidarität, Toleranz und Gleichstellung hinwegsetzt, ja sie lächerlich macht. Geschürt wird ein Sozialneid, der sich nicht etwa gegen die oberste Liga und deren Bereicherungsprogramme, sondern gegen die sozial Schwachen richtet. Solche Mentalitätskonjunkturen sind freilich dem Wandel unterworfen, unsere Überzeugungen hoffentlich mehr als Schönwetter-Blüten, Gesellschaften erst noch lernfähig. Der Verfasser dieses ermutigenden Plädoyers gegen die Fremdenfeindlichkeit ist Ordinarius für Neuere Allgemeine Geschichte und Schweizergeschichte an der Universität Basel und seit 1993 Leiter des Europainstituts. Einer weiteren Öffentlichkeit bekannt wurde Georg Kreis als Präsident der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus. Als Assistent von Markus Mattmüller hatte Georg Kreis den 1982 erschienenen zweiten Band der Briefe von Leonhard Ragaz redigiert.

Red.

Gesellschaft ist gestaltbar

Es erscheint etwas paradox, dass ausgerechnet eine Person, die hauptberuflich versucht, Vergangenheit zu verstehen, in eine Tagung einführen soll, die Zukunftsperspektiven entwickeln will. Der scheinbare Widerspruch ist insofern schnell gelöst, als man sagen kann: Der analytische *Blick auf die Vergangenheit* zeigt, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht nur dem Wandel unterworfen, sondern dass sie auch gestaltbar sind. Diese Grundtatsache muss von Zeit zu Zeit zur Stärkung unseres Wollens in Erinnerung gerufen werden.

Eine andere Erfahrung, die aus der Geschichte immer wieder vermittelt werden kann, ist die der schweren Vorher- und Absehbarkeit von Zukunft. Eine Gruppe von 50jährigen, zu denen ich – längere Zeit ist's her – einmal zählte, hatte den Auftrag bekommen, sich zur Schweiz in 50 Jahren zu äussern. Ich habe mich – als Historiker – aus der Affäre gezogen, indem ich mich, was einigermaßen möglich ist, in unseren *Geburtsjahrgang 1943 zurückversetzte* und mir dann überlegte, was schon etwas schwieriger war, welche der *künftigen Entwicklungen* die damaligen Menschen in der Vorschau ahnen konnten. Zum damals Unvorstellbaren dürfte gehört haben, um nur ein Beispiel zu nennen, dass man in Strassburg einen *Gerichtshof für Menschenrechte* einrichten und dass nach 24 Jahren Bedenkzeit 1974 sogar die Schweiz beitreten wird, dass unser Land inzwischen schon mehrfach von «fremden Richtern» gerügt worden und deswegen doch nicht untergegangen ist.

Entwürfe und Gegenentwürfe

Entwürfe und Gegenentwürfe: Entwürfe setzen nicht Zukunftswissen voraus. Entwürfe müssen von *Gegenwartswissen und Gegenwartssensibilität* ausgehen und mit Blick in die stets unvorhersehbare Zukunft eine *Perspektive* legen und ein *Ziel* projizieren, was mehr ist als nur eine Verlängerung der Gegenwart.

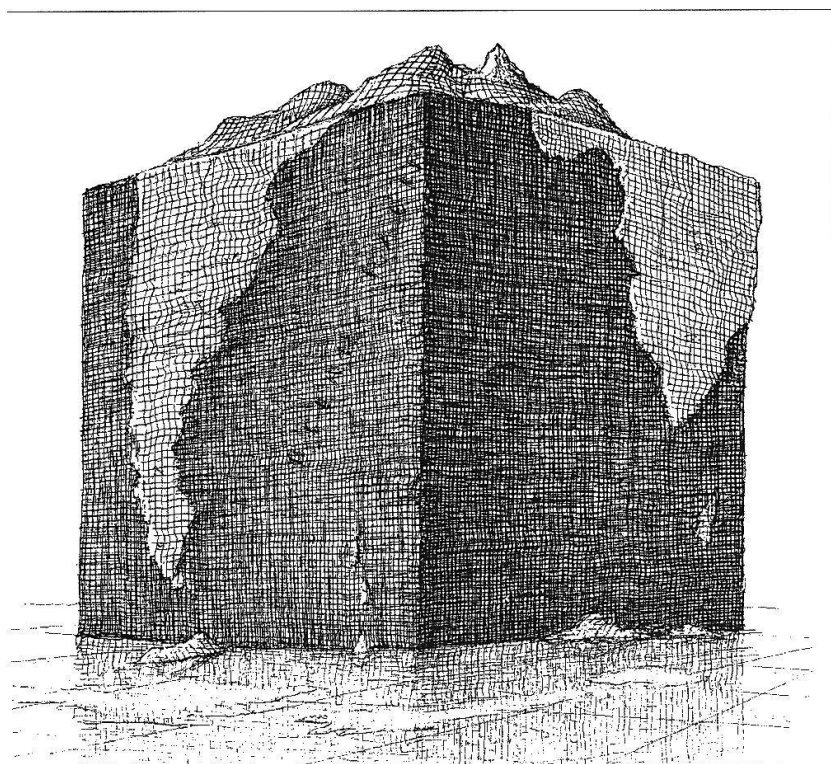
Entwürfe sind nicht zu verwechseln mit ausgefeilten Generalplanungen, die «nur noch» eins zu eins umgesetzt werden müssen. Entwürfe sind mehr, und sie sind weniger als das. Weniger, weil sie ihr Projekt nicht bis ins letzte Detail im voraus regeln. Mehr, weil sie als Lösungsskizzen die richtunggebende Anfangsarbeit leisten.

Entwürfe und Gegenentwürfe: Richtigerweise wird hier eine *Gegenüberstellung im Plural* angesprochen. Was in den einzelnen Politikbereichen auch in pluralen Varianten gedacht werden muss, gestatte ich mir jetzt, da die Frage etwas umfassender anzugehen ist, eher in der Tradition der dichotomischen Betrachtungsweise zu fassen und auf «zwei Welten» zu verdichten. In meiner Zweiteilung liegen die Entwürfe und Gegenentwürfe aber nicht diesseits und jenseits einer Barrikade, sondern als *Teile der gleichen Welt*; einer Welt, in der man Überlegungen zu Entwürfen und Gegenentwürfen eben austauscht. Was nämlich den Status von «Entwurf» oder «Gegenentwurf» hat, ist eher zufällig. Jedenfalls kann niemand ein Erstentwurfsrecht beanspruchen. Statt in Aktion und Reaktion zu denken, sollten wir uns besser Schachspieler vorstellen, die ihre Züge gleichzeitig ziehen.

Entwürfe und Gegenentwürfe: Was unterscheidet sie von dem, was jenseits der Barrikade betrieben wird? Entwürfe und Gegenentwürfe sind Alternativen auf dem *gemeinsamen Boden der Aufklärung*, wie sie rational und zugleich sehr religiös von einem Lessing, dem Autor der Ringparabel und der Palastparabel, vertreten wurde. Aber nicht nur von Lessing alleine: Die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts entstandenen *Lesegesellschaften* und *gemeinnützigen Clubs* bildeten kleine Diskutierwelten, in denen zur Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse die – zum Teil über öffentliche Ausschreibung (Preisfragen) stimulierten – Entwürfe und Gegenentwürfe debattiert wurden. Dies

als Alternative zu den vom damaligen Establishment dekretierten Mandaten einer versteinerten Welt. Sie bildeten damals die andere Seite der Barrikade.

Entwürfe und Gegenentwürfe: Aus zwei Gründen sollten sie Teile von *Gesamtentwürfen* sein. Einmal, weil die *Interdependenz der Bereiche* weiter zunimmt und man überzeugende Teillösungen nicht blind auf Kosten anderer Teile propagieren kann. Und zum anderen, weil Grundhaltungen unteilbar sind und nicht mal Geltung und mal keine Geltung haben können. Diese Tagung vereinigt bereits eine ganze Reihe von Politiken (Sozialpolitik, Ausländerpo-



litik, Friedenspolitik). Müssten es nicht noch ein paar mehr sein? Nicht nur die Umweltschutzpolitik, auch die Beschäftigungs- und Bildungspolitik, die Steuerpolitik und in wachsendem Mass die Alterspolitik?

Entwürfe und Gegenentwürfe: Wir sollten *auf Vorrat nachdenken*, denn wir sind auf Vorgesdachtes angewiesen. Es fällt mir immer wieder auf, dass unsere Einschätzungen der konkreten Einzelfragen, mit denen wir in den alltäglichen Akutsituationen konfrontiert sind, von

(Illustration: Martial Leiter, in: Karl Schlögel, «Kartenlesen», Vontobel-Schriftenreihe 1570, 2003.)

unseren Grundeinstellungen abhängen. Grundeinstellungen sind auch darum wichtig, weil wir (mindestens als stimmberechtigte Bürgerinnen und Bürger) immer wieder zu Fragen eine Meinung haben müssen, die wir nicht aus direkter Erfahrung und eigener Anschauung beantworten können.

Die neue Schamlosigkeit

Was liegt heute auf der *anderen Seite der Barrikade*? Vorweg sei eingestanden, dass wir stets der Versuchung ausgesetzt sind, Gegenstimmen gleich ins Gegenlager des ganz Anderen zu verbannen. Es sei auch eingeräumt, dass es selbst im ganz anderen immer einen Punkt gibt, von dem aus man Gemeinsamkeiten entwickeln kann.

Überschätzen wir aber nicht die *Kraft der Aufklärung*. Aus leidvoller Erfahrung müssen wir eingestehen, dass ihr zuweilen *enge Grenzen gesetzt* sind. Gespräche zwischen polarisierten Positionen erweisen sich meistens als völlig zwecklos, weil die Gesprächspartner in dieser Kombination – wahrscheinlich zu Recht – den Dialog gar nicht führen, sondern lediglich einen *Schlagabtausch* abhalten wollen. Das Sinnvollste, was man in solchen Konstellationen noch machen kann, das sind *Diskussionen über Diskussionen* («talks about talks»), welche die Argumentationsweisen selbst zum Gegenstand des Argumentierens machen. Im übrigen sollte man die Kräfte darauf konzentrieren, auf der eigenen Seite, wo es noch der Divergenzen genug gibt, diskursive Auseinandersetzungen zu führen und sich mit den wichtigen Anliegen an das stets grosse Mittelfeld der Meinungslosen und Desinteressierten zu wenden.

Ich habe den Eindruck, dass in unserer Gesellschaft bis vor kurzem ein *Wertekonsens* bestand und dass uns erst nachträglich, da man ihn unverfroren in Frage stellt, bewusst wird, wie hoch der Grad an Übereinstimmung bisher doch gewesen ist. Werte wie *Solidarität* als

Rücksicht auf den Schwächeren, *Toleranz* als Duldsamkeit gegenüber dem Andersdenken, *Gleichstellung* als rechtliches Prinzip und als soziales Ideal, solche Werte werden in herausfordernder Weise neuerdings grundsätzlich in Frage gestellt. Man kritisiert nicht nur die stets bestehende Diskrepanz von Ideal und Wirklichkeit, was ja meist eher ein bekräftigendes Einfordern von besserer Beherrschung von Idealen bedeutet. Nein, die Ideale werden *per se* als kitschig, heuchlerisch nur sich selbst ein gutes Gefühl vermittelnd, als anmassend und schlicht als falsch abgetan.

Parallel dazu werden diejenigen disqualifiziert, die sich an der *alten Ethik* orientieren. In unserem Land stand die öffentliche Abqualifizierung von «*Netten*» und «*Gutmenschen*» möglicherweise am Anfang dieses Prozesses. Wird als unmoralisch kritisiert, dass einerseits Steuergeschenke an Vermögende gemacht und auf diese Art nicht ganz absichtslos Löcher in die Staatskassen gerissen werden, so dass andererseits die Unterstützungsbeiträge für die Ärmsten gekürzt werden müssen, dann wird das heute leicht als lästige Moralisererei abgetan und von manchen Medien nicht getadelt, sondern gelobt, und von einer ins Gewicht fallenden Wählerschaft nicht sanktioniert, sondern honoriert.

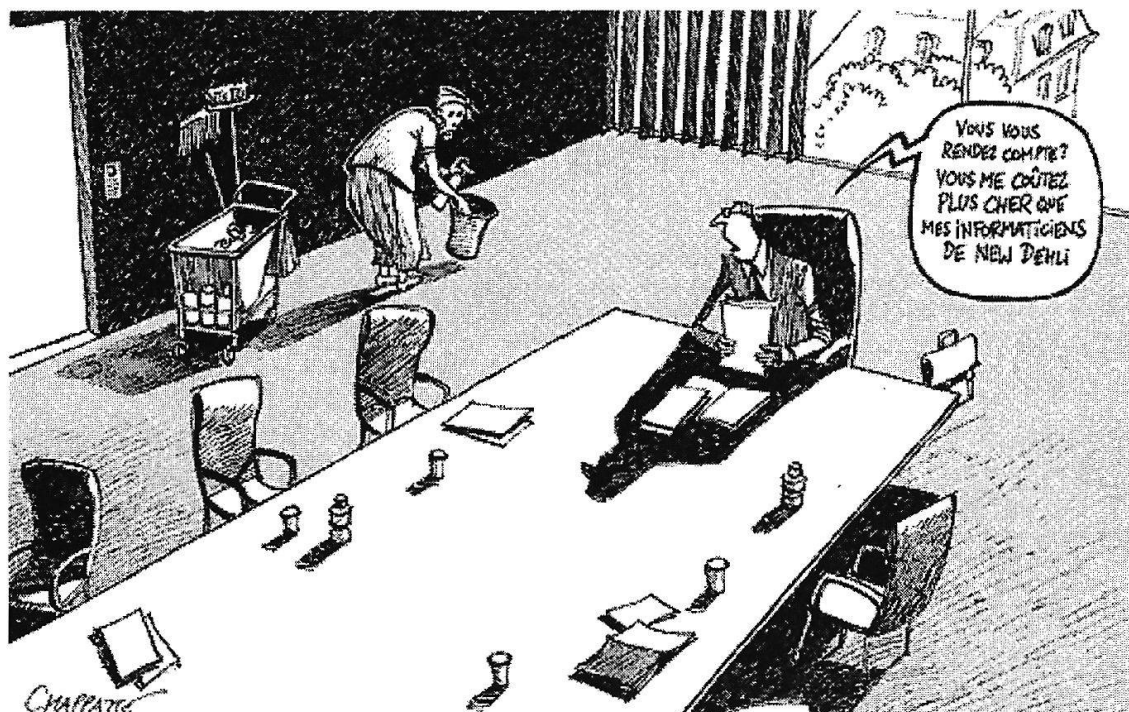
Heute sind wir auch so weit, dass *Anstand und Respekt* schnell und leicht als billige «Korrektheit» abgetan, dass Grobheit auf Kosten anderer als politische Notwendigkeit, nein, nicht mehr entschuldigt, sondern als neue Qualität geradezu gepriesen und Unkorrektheit recht eigentlich zur Tugend stilisiert wird. Wer zum Beispiel auf simpelste Weise und unbelastet von Sachkenntnis, die ja automatisch zu Differenzierungen zwingen würde, über den *Islam* herfällt, wird gefeiert als jemand, der endlich den Mut zur Wahrheit aufbringe, der nicht wegschäue und über ein ernsthaftes Problem «nachdenke» (z.B. Frank A. Meyer im «Sonntagsblick»).

Sozialneid gegen die Schwächeren

Die Herausforderung beschränkt sich aber nicht auf die Art des Redens. Sie erstreckt sich, und dies dürfte sogar der Kern der neuen Gegenhaltung sein, auf die Grundhaltung in der sozialen Frage, denn sie propagiert den *individuellen Egoismus* und den *Gruppenegoismus* und sie schürt auch bei Leuten, die mit ihrem Egoismus wenig zu verteidigen haben, wenigstens den Sozialneid. Dieser richtet sich aber nicht gegen die «300 reichsten Schweizer», sondern gegen die Schwächeren. Um *Bedürftigen* nicht mehr die Unterstützung geben zu müssen, die man ihnen gemäss anerkannter

wort «*ownership society*» Bereicherungsprogramme für die oberste Liga via den Wahlzettel mitträgt.

In den letzten Tagen konnte man in mehreren Blättlein lesen, dass die Schweiz immer reicher werde und jeder 25. Millionär sei. Wenn die Entwicklung anhält, wird man den Anteil vielleicht auf jeden 20. runterfahren können. Wir sind damit wieder beim klassischen *Problem der alten Arbeiterbewegung* des 19. Jahrhunderts angelangt, das in der Frage liegt, warum Menschen «gegen ihre Klasseninteressen» von ihrem Wahl- und Stimmrecht Gebrauch machen und eine Mentalität



«Sind Sie sich bewusst, dass Sie mich mehr kosten als meine Informatiker in New Delhi?!»
(Chappatte am 25. 2.03 in Le Temps).

Ethik geben sollte, werden sie «vorsorglich» als «Schmarotzer» und «Scheinbedürftige» pauschal schlecht gemacht.

Die neue Schamlosigkeit propagiert offen, dass die Reichen einen Anspruch darauf haben, noch reicher zu werden, während die dabei noch ärmer werdenden Armen mit ihrer reprivatisierten Armut gefälligst selber fertig werden sollen. Sonderbarerweise findet diese Haltung in demokratischen Gesellschaften breite Unterstützung, weil man meint, das Wenige, was man hat, am besten zu sichern, indem man unter dem Schlag-

unterstützen, die sich leicht auch gegen sie selber richten kann. Dass die Maschinerie des Sozialstaates mitunter bizarre Einzelfälle produziert, die von den Medien und Populisten schnell ausgeschlachtet werden, dürfte doch kein Grund dafür sein, dass man gleich Prinzipien insgesamt als überholt erklärt.

Wechsel der Mentalitätskonjunkturen

Die *Muslime* haben zur Zeit als *Feindbild des Andersartigen* herzuhalten. Es soll aber die Nichtmuslime nicht beruhi-

gen, dass sie in diesem Fall nicht im Zielfernrohr des Hasses liegen. Denn aus der gleichen Mentalität wird nach Möglichkeit auch gegen Miteidgenossen polemisiert, zum Beispiel in der an sich legitimen Debatte um den Neuen Finanzausgleich mit der an die niedrigen Instinkte appellierenden Gegenüberstellung von *fleissigen Zürichern und faulen Bernern*. Solche Haltungen haben nicht die Qualität von Gegenentwürfen. Das sind, ich kann es nicht anders sagen, Ausgeburten einer Gegenwelt, zu der es eben kaum Brücken gibt.

Die Wende hin zum neuen Paradigma der Rücksichtslosigkeit hat zur Konsequenz, dass sich die Vertreter der *liberalen Fortschrittlichkeit* nicht mehr sozusagen an der Front der Entwicklung, nicht mehr als Pioniere verstehen können, sondern zu *Konservativen* zu werden drohen, welche nur noch die halb fertige oder gar missratene Zukunft von gestern verteidigen wollen. Da unsere Welt nicht unabhängig von derjenigen der USA zu denken ist, müssen wir im Machtwechsel vom *68er Bill Clinton* zum *Anti-68er Georg W. Bush* einen Gezeitenwechsel sehen, der nun sogar in eine weitere Runde gegangen ist, ohne dass überhaupt ein Ende abzusehen wäre.

Generell ist aber an die Adresse der jeweils gerade Vorherrschenden zu sagen: Es ist vermessen zu meinen, das eigene Gutdünken sei, wenn der *Zeitgeist* ihm vorübergehend gerade zuspricht, nun das definitive Zukunftsprogramm und das Ende der Geschichte. Dieser *Übermut* ist zur Zeit bei den Befürwortern der modernen Rücksichtslosigkeit angesiedelt. Ist man, wie der Sprechende, einmal alt genug, hat man schon mehrere Wechsel der Mentalitätskonjunkturen erlebt. Diese Erfahrung soll uns vor falschen Überlegenheitsgefühlen, aber auch vor Depressionen in Phasen der Unterlegenheit schützen. Es ist mehr als kompensatorische Transzendenz, wenn wir uns – mit oder ohne Beresina-

lied – sagen, dass auch für uns hinter den Bergernwieder einmal die Sonne aufgeht (und unsere Sonne mehr als nur ein «Sünneli»-Parteilogo ist).

Es bleibt die Frage, was man tun soll, wenn man Gegenwind und nicht Rückenwind hat. Soll man mit *Hans Magnus Enzensberger*, der sich auf «Struwelpeters» fliegenden Robert beruft, den Regenschirm aufspannen und sich eskapistisch in die Lüfte verziehen? Das muss jeder halten, wie er will und kann. Bei allem Verständnis für schützende Regenschirme und Fluchtbedürfnisse bin ich doch der Meinung, dass *Überzeugungen mehr als Schönwetter-Blüten* sein und sich nicht gerade dann verflüchtigen sollten, wenn sie speziell gebraucht werden. Jedenfalls sollten wir dafür sorgen, dass die Zukunft nicht nur noch hinter uns liegt.

Wind und Gegenwind

Wind und Gegenwind: Am 25. November 2004 kippte im Basler Verfassungsrat die Mehrheit für ein *Ausländerstimmrecht* für Niedergelassene mit mindestens 10-jährigem Kantonsaufenthalt und auf Antrag: In der ersten Lesung vom Mai 2003 gab's noch (mit der CVP) eine 33:22-Mehrheit, am 25. November (ohne CVP) nur noch eine 24:28-Minderheit. Der Gegenwind hat seit dem auch schon nicht holden Mai eben zugenommen. Typisch der Kerngedanke: Man wolle nicht die Annahme des ganzen Verfassungswerks riskieren. Mit diesem Argument hat man schon 1848 den schweizerischen Juden die Gleichstellung vorenthalten. Ein *opportunistischer Realismus*, der Werte für vernachlässigenswert hält, wenn sie was kosten.

Die Reformfreunde dürfen aber nicht mit dem automatischen Sukkurs der *Jugend* rechnen und sich bequem darauf verlassen, dass die Konservativen und Reaktionäre schon aussterben werden. Im letzten Jahr hat eine breit angelegte Untersuchung bestätigt, dass die heuti-

ge Jugend der multikulturellen Gesellschaft zu einem grossen Teil kritisch gegenüber steht. Die sogenannte Schwarzenbach-Initiative von 1970 würden gemäss dieser Studie heute 24% der Ältern annehmen, bei den Jugendlichen seien es aber 44%.

Es ist schon auffallend, wie nach der Ermordung des holländischen Filmemachers *Theo van Gogh* durch einen muslimischen Extremisten die Medien fast *uni sono* das «Ende der multikulturellen Ära» verkündeten und den Abschied von einer «Illusion» für fällig, ja überfällig erklärt haben. Abgesehen davon, dass man diejenigen, die sich ernsthaft mit der gesellschaftlichen Tatsache der Multikulturalität auseinandersetzen, gerne als naiver darstellt, als sie sind, um sie als gefährliche Utopisten anprangern zu können, abgesehen davon besteht, weil man schon immer «dagegen» war, die Tendenz, in diesem Mord den beinahe willkommenen Beweis für die Richtigkeit ihrer Haltung zu erblicken. Doch parlieren nicht jetzt gerade diejenigen über die Grenzen der Toleranz, die selber kaum Toleranz praktiziert haben und die etwas gar nicht beenden können, weil sie es noch gar nicht begonnen haben? Und wie steht es mit der Glaubwürdigkeit derjenigen, welche die Integration für gescheitert erklären, ohne zuvor je einen Finger dafür gerührt zu haben, es sei denn den Finger, mit dem man immer dagegen gestimmt hat?

Die Tat eines Einzelnen, die überall und jederzeit geschehen kann, setzt Reaktionen frei, die mit ihrer pauschalen Feindseligkeit das gerade fördern, was man zu bekämpfen vorgibt. Eine Schreckenstat wie diese darf, obwohl sie mehr zufälligen Charakter hat, als dass sie für Generelles signifikant wäre, durchaus Anlass sein, praktizierte Konzepte zu überdenken. Der ausgelöste Schrecken darf aber nicht kopflös machen und zur *Freisetzung unheimlicher Phantasien* führen.

Ist das Integrationskonzept, ist ein

bestimmtes Verständnis von Multikulturalität, ja ist, wie man jetzt gerne diskutiert, «*falsche Toleranz*» schuld beziehungsweise mitverantwortlich für diese Tat? Und für einen Täter, der nach den gängigen Kriterien der Integration alle äusseren Erwartungen (Sprache, Integration in den Arbeitsmarkt, Unaufälligkeit) erfüllt und trotzdem oder vielleicht gerade deswegen den Rückweg der Reislamisierung angetreten hat. Die grellen Scheinwerfer der Medienaufmerksamkeit, die sich auf den Tatort und auf die anschliessend in Flammen aufgehenden Moscheen und Muslimschulen gerichtet hat, sind bei manchen Beobachtern bereits wieder abgestellt.

Sie sind bedauerlicherweise gerade in einem Moment abgestellt worden, da die eine Geschichte zwar zu Ende ist, aber eine andere Geschichte erst beginnt und zu Aktionen führt, die aus dem Unglück nicht weiteres Unglück machen, sondern dies als Aufforderung verstehen, Verpasstes nachzuholen und mit einem «*jetzt erst recht*» zu reagieren. Muslimische Kulturzentren veranstalteten Abende der «Offenen Türe», eine Hand voll Leute wurde erwartet, die Menschen aber kamen in Scharen. Die zivilgesellschaftlichen Reaktionen in Holland, auch in Köln und in der Schweiz mit der Ankündigung einer Vereinigung fortschrittlich denkender Musliminnen und Muslime zeigen, dass ein Unglück auch Ausgangspunkt für positive Bemühungen sein kann, die an sich gewiss schon vorher wünschbar gewesen wären, aber nur «dank» der Tragödie freigesetzt worden sind.

Es sei betont: Die gesellschaftliche Entwicklung bringt wirklich nicht nur eine Anhäufung von Fehlleistungen. Gesellschaften sind – freilich mit Retardierung – durchaus lernfähig. Meines Erachtens hat die Schweiz seit der «Schwarzenbach»-Zeit hinzugelernt, ist flexibler geworden im Umgang mit tatsächlicher oder vermeintlicher kultureller Differenz. Dazu, dem *genius loci* Reverenz

erweisend, ein *Beleg aus Zürich*: Im September 1999 titelte die NZZ: «Keine «ewigen» Grabfelder für Muslime. Gesundheitsdirektion will Bestattungsordnung nicht ändern» (15.9.99). Zweieinhalb Jahre später, im Februar 2002, stand im gleichen Blatt die Schlagzeile zu lesen: «Lösungen für die Bestattung von Muslimen. Tendenzen zu Gräberfeldern auf öffentlichen Friedhöfen» (19.2.02). Nochmals zwei Jahre später konnte die Presse dann melden: «Zürcher Muslime erhalten Friedhof» (BaZ 23.6.04).

So werden Lösungen, die heute als unmöglich erscheinen, morgen oder



(Chappatte am 8.10.03 in der Handelszeitung)

übermorgen plötzlich möglich. Dies geschieht aber nicht von allein: Dahinter stehen auf der einen Seite Menschen, die *aufwendige Überzeugungsarbeit* leisten, und auf der anderen und doch gleichen Seite Menschen, die sich überzeugen lassen.

Einseitige Sensibilitäten

In jüngster Zeit wurde die Ablehnung der *Einbürgerungsvorlagen* damit gerechtfertigt, dass das «Volk» eben verunsichert sei und dass es sich auf der Verliererseite sehe und Angst habe. Offensichtlich will man in der deutschen Schweiz mehr Angst haben als in der französischen Schweiz, wo doch die Verhältnisse hier kaum Angst machender

sind. Ängste muss man ernst nehmen, aber nicht nur die *Ängste der Besitzenden*, sondern auch die *Ängste der Besitzlosen*.

Auch in Bezug auf die *Sicherheitsproblematik* habe ich, wenn ich gewisse Kommentare höre, den Eindruck, dass mit viel äusserer Sicherheit ausgestattete Menschen aus ihrer Sicherheit schnell ein Problem machen, während wirklich Schutzbedürftige sich eine derartige Problematisierung gar nicht leisten können. Das gilt übrigens auch für Staaten. Auffallenderweise fühlen sich besonders gut gerüstete Staaten schneller in ihrer Sicherheit bedroht als schwächere. Der Sicherheitsanspruch ist aber unteilbar. Die innergesellschaftliche Sicherheitspolitik muss die Sicherheit der *Minderheiten* einbeziehen. Es darf keine Sicherheitspolitik geben, die mit der Kultivierung von Feindbildern die Sicherheit von Minderheitsangehörigen untergräbt.

Es fällt auf, wie einseitig Sensibilitäten sein können, worauf gewisse Leute mit grosser Sorge reagieren und was einem offensichtlich gleichgültig ist. So kann sich die SVP-Basisfrau T.Z. in einem persönlichen Brief darüber aufregen, dass *Peter Hasler* vom Arbeitgeberverband öffentlich darauf aufmerksam macht, dass Verunglimpfungen und fremdenfeindliche Parolen den Weg für die physische Vernichtung von Gegnern und Fremden bereiten können. Sie sieht darin eine Verunglimpfung von Tausenden von Parteimitgliedern, sie fühlt sich auch persönlich gedemütigt und als potenzielle Mörderin abgestempelt. Sie erwartet, dass das Antirassismugesetz nicht nur zum Schutze von Albanern, Bosniern, Muslimen, Juden usw. eingesetzt, sondern auch im zitierten Fall aktiviert werde. Dass aber aus der gleichen Partei heraus durch eine Gleichsetzung mit Bin Laden alle potenziellen Einbürgerungsanwärter (muslimischer oder nicht muslimischer Religion) verletzt, gedemütigt, diffamiert werden, fällt ihr entweder nicht auf oder sie macht sich nichts

dar aus. Der in diesem Fall für einmal wieder unternommene Versuch, auf die eklatante Widersprüchlichkeit der beiden Haltungen aufmerksam zu machen, vermochte – allerdings nicht ganz überraschend – überhaupt nichts auszurichten.

Nicht nur gegenüber den eben angekommenen und den längst einheimischen Ausländern, auch gegenüber einem Teil der Jugend, gegenüber Dissidenten und Nonkonformisten, die es im Lande doch noch immer gibt, wird zum Teil aufs Größte eine *Herr-im-Haus-Haltung* markiert. Es ist ja gut, wenn man sich als Bewohner des Schweizerhauses mit seiner Behausung identifiziert. Die Identifikation darf aber nicht über den Ausschluss von Mitbewohnern und Mitbewohnerinnen laufen. Und auch nicht über den bequemen Selbstbetrug, dass die eigene Meinung die Meinung mindestens aller gut denkender Schweizerinnen und Schweizer sei. Vielleicht sind die heute auf der bürgerlichen Seite die Szene beherrschenden Kräfte, wenn wir von ein paar Superreichen und deren direkten Helfern absehen, mehrheitlich Menschen, die gerade darum eine Herr-im-Haus-Haltung einnehmen, weil sie ahnen, dass sie das eigentlich nicht sind.

Kammer im globalen Haus

Kürzlich kam eine Einladung zu einer Tagung mit dem Titel «Wie die Schweiz es schaffen könnte» auf den Tisch. Was war mit dem «es» gemeint? Gemeint war die erneute Ingangsetzung des *Wirtschaftswachstums*. Diese Problematik ist Basis von vielem und darf darum nicht unterschätzt werden. Wirtschaftliche Prosperität ist aber kein Selbstzweck. Und die Beurteilung von Nutzen und Schaden darf sich nicht auf das nationale Terrain beschränken. So ist es auch nicht gut, wenn unsere Regierung noch immer Rüstungsexporte zweifelhafter Natur mit Arbeitsplatzsicherung rechtfertigt. (Und an die Adresse von fast nur ökonomisch denkenden Mitbürger/in-

nen sei bemerkt, dass ein ausländerfeindliches Klima kein Standortvorteil ist.)

An einer Feier in einer der schönen Berner Oberländer Kirchen (Leissigen) erinnerte der Pfarrer an die Vergänglichkeit des Lebens. Er führte uns vor Augen, wie selbst in einer Zeit, da viele so genannte Christen sich mit dem *Minimal-service der Kirche* begnügen, Menschen am Anfang ihres Lebens zur Taufe in sein Gotteshaus hinein und am Ende ihres Lebens im Sarg wieder aus diesem Gotteshaus hinausgetragen werden. Die Kirche stehe seit Jahrhunderten für dieses Kommen und Gehen da.

Unsere liebe *Schweiz*, um die es auch im Tagungstitel geht, stellen wir uns besser als *gewöhnliches Haus* denn als eine Kirche vor. Vielleicht ist sie sogar nur eine Kammer in einem grösseren, z.B. europäischen oder globalen Haus. Es geht aber weniger um das Haus, sondern, was wichtiger und realer ist, um die schweizerische Gesellschaft mit sehr unterschiedlichen Hausbewohnern und um die Hausordnung. Dazu gehört auch der *soziale Frieden* aus der Einsicht, dass es kein eigenes Wohlbefinden geben kann, wenn es nicht in ein allgemeines Wohlbefinden eingebettet ist. Für die momentanen Hausbewohnerinnen und Hausbewohner wünsche ich mir, dass sie ihren Besitz als temporär, nur als anvertraute Leihgabe verstehen, zu der sie Sorge tragen, und dass sie ihn in gutem, wenn möglich sogar verbessertem Zustand an die Nachgeborenen weiter geben.

Die Antwort auf einen Vers, der an einem alten Werdenberger Haus angebracht ist und den ich als 18-jähriger auf einer Schulreise notiert habe, darf offen bleiben. Die Frage als solche sollte aber beherzigt werden:

«Dis hus ist min und doch nit min
wer vorher da, s'war ouch nit sin,
wer nach mir kommt, muos ouch
hinus,
sag lieber fründ, wem ist dis hus?» ●